



Gemeinsam dagegen: Nach den Parlaments-Initianten spannen auch die Gegner der Vorlage für den Abstimmungskampf zusammen.

Bild Carole Fleischmann

Gegner schiessen scharf gegen Parlament

FDP und CVP kämpfen mit einem Bürgerkomitee gegen die Einführung eines Stadtparlaments. Die Parlamentsgegner sehen bei einem Ja das «Erfolgsmodell Rapperswil-Jona» gefährdet. Am 10. Juni entscheidet die Bürgerversammlung.

von Pascal Büsser

Für FDP-Präsident Martin Stöckling geht es bei der Initiative um die Einführung eines Stadtparlaments um die wichtigste Frage für Rapperswil-Jona seit der Fusionsabstimmung 2005. Für den richtungsweisenden Abstimmungskampf hat die FDP deshalb den Schulterchluss mit der CVP gesucht, die sich ebenfalls gegen die Einführung eines Parlaments anstelle der Bürgerversammlung ausspricht.

Zur breiteren Abstützung haben die beiden Parteien ein Bürgerkomitee an Bord geholt. Dieses umfasst aktuell rund 50 Namen, wie CVP-Präsidentin Yvonne Suter vor den Medien erklärte. Darunter sind bekannte Unternehmensnamen aus der Stadt, wie Uli Burgerstein, Franziska Tschudi (Wicor), Rocco Delli Colli (Dieci), Walter Villiger (Investor) oder Bruno Hug, Verleger der «Obersee Nachrichten».

Offenbar bewege das Thema, meinte Suter. «Unser Ziel ist klar:

Rapperswil-Jona soll so erfolgreich bleiben, wie es ist.»

Steuerfuss als Erfolgsmerkmal

Suter malte ein schwarzes Bild davon, was mit Einführung eines Parlaments passieren würde. Die Abschaffung der Bürgerversammlung führe zu einem Ausschluss der Bürger aus der Stadtpolitik. An ihre Stelle würde eine Kaste von Teilzeitpolitikern treten, die Partei- statt Sachpolitik betriebe.

Prozesse würden verlangsamt und verteuert. Die Politik im schlimmsten Fall gar blockiert. «Am Ende ist niemand verantwortlich: Das Parlament versteckt sich hinter dem Stadtrat und dieser hinter dem Parlament.»

Der Blick auf die St. Galler Städte mit Parlament zeige eine «verheerende Bilanz», so Suter. Niemand sei damit wirklich zufrieden. Als Beweis für den Erfolg von Rapperswil-Jona dient den Parlaments-Gegnern der Vergleich der Steuerfüsse. In den Parlamentsstädten Gossau (126 Prozent), Wil (129) und St. Gallen (144) liegt dieser weit höher als in Rapperswil-Jona (92).

Ein Blick in den Kanton Zürich zeigt allerdings, dass Städte mit Parlament nicht zwingend einen höheren Steuerfuss aufweisen als solche ohne. FDP-Präsident Stöckling relativierte auf Nachfrage, dass der Steuerfuss natürlich von vielen Faktoren abhängt. Er geht aber fest davon aus, dass die Kosten der Stadt – und damit der Steuerfuss – mit einem Parlament steigen würden.

Bedenken der Wirtschaftsleute

«Besonders zu den Wahlen hin, pfeilen sich Parlamentarier mit Vorstössen zu profilieren», so Stöckling. Das verursache unnötigen Mehraufwand in der Verwaltung und dem Stadtrat. Ein besonderes Dorn im Auge ist Stöckling, dass eine Handvoll Parlamentarier via Kommission den Erwerb oder Verkauf von Grundstücken oder Baurechten verhindern könnte.

Der pensionierte Geberit-Mann und Rajovita-Präsident Randolph Hanslin befürchtet Nachteile für den Wirtschaftsstandort Rapperswil-Jona, wenn künftig der Stadtrat durch ein

Parlament in seiner Entscheidungskompetenz eingeschränkt wird.

«Für Firmen sind eine unkomplizierte Zusammenarbeit mit der Stadt und schnelle Entscheide massgebend.» Das sei heute gegeben. «Ohne Not eine so effiziente Führungsstruktur aufzugeben wäre eine Katastrophe», meint Hanslin.

Schnelle und transparente Entscheide seien auch für das Gewerbe der Stadt entscheidend, sekundiert Malermeister Max Winiger. Patricia Bucher, Präsidentin des Quartiervereins Lenggis-Kempraten, befürchtet, dass der direkte Zugang der Quartiervereine zu Stadtrat und Verwaltung mit der Einführung eines Parlaments unnötig verkompliziert werde.

«Ohne Not eine so effiziente Führungsstruktur aufzugeben, wäre eine Katastrophe.»

Demnächst dürfte ein Flyer der Parlamentsgegner in alle Haushalte flattern. Danach warte man ab. «Die Dynamik des Abstimmungskampfes müssen die Initianten vorgeben», meint Stöckling. Mit welchem Budget man plant, wollte er nicht verraten. Angesichts der prominenten Unterstützung ist anzunehmen, dass es den Parlaments-Gegnern neben den Argumenten auch an den Mitteln, diese zu verbreiten, nicht fehlen dürfte.

Establishment schlägt zurück

Die Parteien CVP und FDP kämpfen nicht zufällig gegen das Stadtparlament.

Ein Kommentar von Pascal Büsser



Rapperswil-Jona ist die grösste Stadt der Schweiz ohne Parlament. Eine Initiative von SVP, SP, UGS, Grünliberalen und Parteilosen will das ändern. Am 10. Juni stimmt die Bürgerversammlung darüber ab, ob sie sich selber zugunsten eines Parlaments abschaffen will. Mit 1130 gesammelten Unterschriften – fast doppelt so viele wie nötig waren – liessen die Initianten Ende 2014 aufhorchen. Die beabsichtigte Message war klar: Viele Bewohner der Stadt wollen einen Systemwechsel.

Das hat auch das politische Establishment der Stadt aufgeschreckt. Dieses holt nun mit vereinten Kräften und der Unterstützung prominenter Köpfe zum Gegenschlag aus. Dass FDP und CVP die Initiative bekämp-

fen, ist nicht Zufall. Die beiden Parteien stellen vier von sieben Stadträten. Mit Stadtpräsidium (CVP) und Schulpräsidium (FDP) besetzen sie zwei von drei Schlüsselressorts. Sie halten wenig davon, dass künftig ein Parlament dem Stadtrat vermehrt dreinreden soll. Als Schreckgespenst malen sie das Bild einer von selbstsüchtigen Parlamentariern blockierten Stadt.

Im Initiativkomitee sitzen derweil Parteien und Personen, die in der Ausmarchung um die Stadtratsposten den Kürzeren gezogen haben. Es ist anzunehmen, dass einige der Köpfe in einem künftigen Parlament wieder auftauchen würden. Diese machtpolitische Komponente kann bei der Diskussion ums Stadtparlament nicht ausgeblendet werden.

Das Thema verdient aber eine inhaltliche Auseinandersetzung. Man kann sich zu Recht fragen, wie repräsentativ eine Bürgerversammlung noch ist, an der selten mehr als zwei bis drei Prozent der Stimmberechtigten teilnehmen. Und ob der Verzicht auf ein Parlament Voraussetzung des «Erfolgsmodells Rapperswil-Jona» ist, wie FDP und CVP behaupten. Oder ob einiges erfolgreicher gelaufen wäre, wenn gewisse Vorlagen des Stadtrats – via eines Parlaments – früher in die politische Arena gekommen wären. Stichwort: Gescheiterter Stadttunnel. Die Debatte ist eröffnet.

Kontaktieren Sie unseren Autor: pbuesser@suedostschweiz.ch

Ansteckung der Rinder befürchtet

97 gejagte Hirsche sind in den Kantonen St. Gallen, Graubünden und im Fürstentum Liechtenstein untersucht worden. Bei keinem Tier wurde Tuberkulose festgestellt.

Um eine Ansteckung durch Rotwild aus Vorarlberg zu verhindern, empfiehlt das St. Galler Veterinäramt zusätzliche Schutzmassnahmen.

In Vorarlberg wurden in den letzten Wochen in verschiedenen Betrieben Rinder mit Tuberkulose entdeckt. Sie könnten sich über Rotwild angesteckt haben, das die Krankheit bei der Sömmerung auf den Alpen über gemeinsam genutzte Futterstellen an die Nutztiere weitergibt.

Bisher wurde in der Ostschweiz noch kein Wild entdeckt, das mit Tuberkulose infiziert ist.

In einem Stichprobenprogramm sind in den letzten Monaten während der Jagdsaison im Kanton St. Gallen 38, in Graubünden 42 und im Fürstentum Liechtenstein 17 Hirsche untersucht worden.

Es wurden dabei keine Tuberkulose-Erreger entdeckt. Auch beim Fallwild oder bei Rotwild, das aus gesundheitlichen Gründen erlegt wurde, seien sämtliche Proben negativ gewesen. Das steht in einem Communiqué, welches das St. Galler Veterinäramt auf seiner Homepage veröffentlicht hat.

Um eine weiterhin mögliche Ausbreitung der Tuberkulose in der Ostschweiz zu verhindern, wird den Landwirten in der Grenzregion zu Vorarlberg empfohlen, zusätzliche Massnahmen zu treffen. Gerade im Winter stehe das Wild in tiefen Lagen, wird gewarnt.

Durch fachgerechte Umzäunungen von Ausläufen soll verhindert werden, dass Wildtiere an Siloballen und andere Futtervorräte herankommen.

Weiter wird auf der Homepage des St. Galler Veterinäramtes ein sorgfältiger Umgang mit Trocken- und Nassfutter, aber auch mit Resten empfohlen, damit sich Rotwild auf Nahrungssuche nicht in der Umgebung der Höfe aufhält. (sda)

! WIR HATTEN GEFRAGT

«Ist es sinnvoll, Kinder mit geringem Sackgeld zu bestrafen?»

Stand: 18 Uhr
Stimmen gesamt: 126

66% JA

34% Nein

? FRAGE DES TAGES

«Sind Sie durch das Internet gescheiter geworden?»

Stimmen Sie heute bis 18 Uhr online ab: suedostschweiz.ch/umfragen